

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Netzwerk Grundeinkommen anlässlich der Europawahl 2019



1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

Nein. Da die Einführung eines Grundeinkommens auf nationalstaatlicher Ebene beschlossen werden muss, beziehen wir uns in unserem letzten Bundestagswahlprogramm auf das Grundeinkommen.

2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierte Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))

Wir unterstützen diese Forderung.

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasst sich intensiv mit der Frage und eruiert derzeit intensiv die Möglichkeiten, ein Grundeinkommen in einem Modellprojekt zu untersuchen, um die Auswirkungen eines Grundeinkommens besser abschätzen zu können. Da dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, haben wir bislang auch keine parlamentarischen Initiativen zur Einführung eines Grundeinkommens ins Europäische Parlament oder in den Deutschen Bundestag eingebracht.

4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem offenen Brief einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?

Da die Einführung eines Grundeinkommens eine nationalstaatliche Angelegenheit ist, kann es hierzu kein legislatives Instrument auf EU-Ebene geben. Wir halten es aber für sinnvoll, mithilfe der Methode der offenen Koordinierung den Austausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten voranzutreiben und können uns auch vorstellen, europäische Mittel für die Finanzierung von Modellprojekten zur Verfügung zu stellen.

5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

Da die Einführung eines Grundeinkommens auf nationalstaatlicher Ebene beschlossen werden muss, beziehen wir uns in unserem letzten Bundestagswahlprogramm auf das Grundeinkommen. Darin halten wir fest, dass wir eine breite gesellschaftliche Debatte über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens vorantreiben wollen. Viele von unseren Vorschlägen von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst. Deshalb wollen wir diese Ideen weiterdiskutieren und dabei auch Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigen und das Grundeinkommen in einem Modellprojekt erproben.